

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 10 Pf. Die Wilsdruffer Wochenblätter sind ebenfalls in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen zu beziehen. Die Wilsdruffer Wochenblätter sind ebenfalls in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen zu beziehen.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Zeile 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklametexte im täglichen Teil 100 Goldpfennig. Nachwehungen 20 Goldpfennig. Sonstige und Platzverdrängende Reklametexte 100 Goldpfennig. Die Wilsdruffer Wochenblätter sind ebenfalls in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen zu beziehen.

Nr 67 — 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2540

Freitag, den 19 März 1926

Nachklänge.

Die Reden Chamberlains und Briands bei der letzten Sitzung des Völkerbundes in Genf hatten lediglich den Zweck, ein Sprungbrett in die stürmisch bewegte See der Innenpolitik ihrer eigenen Länder abzugeben. Das hat vor allem Chamberlain in sehr nöthiger, weit fast die ganze englische Presse einig ist in der Beurteilung der Vorgänge in Genf. Und weil der Oppositionsführer im Parlament, MacDonald, einen Vorstoß gemacht hat. Aberall wird darauf hingewiesen, daß der englische Außenminister durch seine Zusage an Briand, ihm gleichzeitig mit Deutschland einen Ratsschluß zu verschaffen, die ganze Sache kompliziert, sozusagen die Schleusen erst hochgezogen habe. Die englische Presse macht aber auch den Versuch Chamberlains nicht mit, die Ursache des Zusammenbruchs in der „intransigenten“ Haltung der deutschen Delegation erblicken zu lassen. Es ist so manches unaufrichtig geblieben über die letzten Gründe des ganzen Geschehens; aber die „Times“ weisen auf die bedeutungsvolle Tatsache hin, daß in Genf ein anderes Bündnis zustande kam, nämlich das zwischen Frankreich, Italien und Jugoslawien; vielleicht müsse man über den Hebel der Entwicklung suchen. Chamberlain wird es also nicht gerade leicht haben, wenn er sich am nächsten Mittwoch vor dem Parlament zu verantworten haben wird, wenn gleich von wirklichen Rückschritten die Rede sein kann, weil er ja für seine Politik die Billigung des Kabinetts gefunden hat.

Briand wird es leichter haben. Er hat kurz vor seiner Abreise aus Genf der französischen Presse das Stichwort gegeben: „Es bleibt nichts von Zwist übrig, der sich zu Beginn der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen der polnischen Kandidatur erhob; in dieser Frage ist die Einigung vollständig. Es ist endgültig ausgemacht, daß Polen einen Sitz im Völkerbundrat gleichzeitig mit Deutschland erhält.“ Trotzdem bezieht er in der Presse der Linken ziemlich deutlichem Tadel über die mangelhafte Vorbereitung der Dinge; daß er von rechts her scharf attackiert wird, ist selbstverständlich. Aber schließlich: eine neue Ministerkrise wird man sich in der französischen Kammer wegen der Außenpolitik Briands gewiß nicht leisten. Aberhaupt muß man getrost sagen, daß die politische Meinung in Paris trotz aller großen Worte gar nicht so unzufrieden ist mit dem schließlichen Ausgang, daß man aber nicht zuletzt auch an eine wesentliche Umorganisation des Völkerbundes denkt, um ihn „schmeiziger“ zu machen. Daß Deutschland an dem Locarno-Vertrag festhalten will — was durch die Unterzeichnung Dr. Luthers unter die Erklärung der Locarno-Vereinbarung am Dienstagabend zum Ausdruck kam — hat freudige Überraschung erregt.

Eine unliebsame Überraschung stellt aber die Haltung der italienischen Presse dar. Dort wird mit einer ganz unverhohlenen Freude und mit größter Schärfe gegen Deutschland das Scheitern der Tagung begrüßt und immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß gerade Italien es gewesen sei, das die hinterhältigen Manöver der Deutschen durch den blühenden und scharfen Hieb des römischen Beiles zunichte gemacht habe. Dazu noch der unverhohlene Spott über diese Institution, den Völkerbund, der nur dazu da sei, nichts zu leisten. Und das ist die hochheilige „Tribuna“, die das schreibt! Man habe mit vollem Erfolg einen „Sieg des Pangermanismus“ verhindert. Wenn wir Deutschen nun noch erwägen, daß jenes oben angedeutete französisch-italienisch-jugoslawische Bündnis den Zweck hat, vor allem den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern — der jugoslawische Minister Raditsch hat es ausgeplaudert — dann wissen wir, wie sich Italien jetzt ganz unverhohlenen politischen gegen uns eingestellt hat.

Und Amerika? Dort giebt man die volle Schale des Spottes über den versagenden Völkerbund aus, der es sich gefallen lasse, in einer rein europäischen Frage sich durch eine außereuropäische Macht über den Haufen rennen zu lassen. „Die Fronte dessen, was in Genf geschehen ist, liegt in der Tatsache, daß der Völkerbund, der mit den unständlichen Methoden der alten Diplomatie auszuräumen sollte, bei der ersten Probe bewies, daß seine eigenen neuen Methoden noch unwirksamer sind“ — das ist noch das Zurückhaltendste, was darüber gesagt wird. Man hatte dort sogar schon mit einem offenen Bruch gerechnet, wobei wir aber feststellen können, daß die deutsche Delegation hinsichtlich ihrer Politik vollkommene Billigung gefunden hat.

Allgemeine Unzufriedenheit in der ganzen Welt — das ist der Boden, auf dem die Diplomaten in Genf kredenzieren haben. Als eine „Wachstumsphase“ des Völkerbundes bezeichnet ein französisches Blatt die Ereignisse und „Ergebnisse“ in Genf. Wohl nicht ganz unrichtig, aber auch nur zur Hälfte richtig. Es scheint nämlich, daß nicht nur der Körper des Bundes, sondern nicht minder sein Geist noch längst nicht erwachsen ist.

Berlin versteuert die Rundfunkapparate
Eigener Herausgeberdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
Berlin. Der Magistrat der Stadt Berlin hat beschlossen, eine Steuer auf Rundfunkapparate einzuführen.

Saarfragen vor dem Völkerbund.

Keine Truppenverstärkungen im Saargebiet.

Deutschland im Ausschluß für Materweiterung.

Nach der Abreise der deutschen Delegation aus Genf ist der Völkerbundrat zusammengesetreten und hat sich in öffentlicher Sitzung mit der Saarfage beschäftigt. Es handelt sich hierbei vor allem um die Frage der Ortspolizei und der damit zusammenhängenden Zurückziehung der noch im Saargebiet stehenden Truppen, deren Stärke zurzeit ein Regiment Infanterie, ein Regiment Kavallerie und ein Regiment Jäger beträgt. Der Bericht der Regierungskommission, den der Völkerbundrat entgegennahm, spricht sich gegen die Verstärkung der Ortspolizei aus, die insgesamt 1000 Köpfe umfaßt, gibt ferner Kenntnis von der französischen Zusage, das Jägerbataillon bis zum 31. Mai ds. Js. aus Saarbrücken zurückziehen, und betont die Notwendigkeit, daß für außer gewöhnliche Fälle zur Sicherung von Eigentum und Leben im Saargebiet an seinen Grenzen französische Truppen stationiert sein sollen, die im Bedarfsfalle der Regierungskommission sofort zur Verfügung gestellt werden können. Schließlich sprach sich der Berichterstatter für die Einsetzung einer Eisenbahnkommission aus, die den Durchgangsverkehr auf den Saarbahnen für alle Fälle sicherstellen soll. Dieser Ausschluß soll von einigen französischen Offizieren gebildet werden. Der Rat hat den Bericht einstimmig gutgeheißen.

In einer nichtöffentlichen Sitzung ernannte der Völkerbundrat zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Raouff, den Kanadier Stephens, der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission angehört. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission wurden für ein weiteres Jahr bestätigt. In dieser Sitzung wurde auch der deutsche Vorschlag zur Einsetzung eines Ausschusses zum Studium der Frage der Materweiterung beraten. Die Ratmitglieder sind dahin übereingekommen, daß in diesem Ausschusse, der seine Arbeiten möglichst bald ausführen soll, außer den zehn Ratmächten noch Deutschland, die Schweiz, Polen, Argentinien und China vertreten sein sollen. Ferner beschloß der Rat, die erste Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz auf den 26. April nach Genf einzuberufen. Diefem Ausschusse gehören auch drei Deutsche an.

Wie verlautet, hat sich der Völkerbundrat in vertraulicher Besprechung dahin geeinigt, um Deutschland eine „moralische Genugtuung“ für die Ereignisse der letzten Woche zu geben, nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund eine der folgenden Ratifikationen, wahrscheinlich bereits die Wintertagung, in Berlin abzuhalten, falls die deutsche Regierung nach ihrem Beitritt eine entsprechende Einladung an den Rat richten wird.

Die Kammer spricht Briand das Vertrauen aus.

Paris, 18. März. Am Schluß der heutigen Kammerdebatte stellte Briand die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab 361 Stimmen für und 164 Stimmen gegen die Regierung.

General Brussilow †.

Vom Pagen zum Revolutionsgeneral.

In Moskau ist im 74. Lebensjahre der bekannte russische General Brussilow gestorben. Er war im kaiserlichen Pagenkorps erzogen und trat mit 18 Jahren in die russische Armee ein. Im Weltkrieg machte er rasche Karriere. Sein Name wurde zum erstenmal viel genannt, als er unter der republikanischen Regierung Kerenski als Oberkommandant der Südwestlichen Heeresgruppe die Offensive unternahm, die in der Geschichte nach seinem Namen benannt wird. Er warf damals in schnellem Ansturm die Truppen des Erzherzogs Ferdinand aus Luda und den anschließenden Stellungen und erzwang durch seine Erfolge die Aufgabe der österreichisch-ungarischen Offensive in Südrussland. Brussilow ist späterhin 1920 dadurch hervorgetreten, daß er sich auch der bolschewistischen Regierung zur Verfügung stellte. Er hat als militärischer Berater in den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Generale und gegen Polen seinem Lande gedient. Zuletzt war er Oberinspektor der staatlichen Gesteine.

Vorläufiges Resultat des Volksbegehrens

Noch keine endgültigen Zahlen.

Nach den bis Donnerstag vorliegenden Meldungen über die Eintritte in die Listen zum Volksbegehren

Das Ergebnis der Abstimmung wurde auf der Linken mit lebhaften Beifallrufen aufgenommen. Die Rechtsparteien hielten sich in mürrisches Schweigen. Entgegen den Voraussetzungen der Presse ist die Zahl der Stimmenthaltungen weit geringer als angenommen wurde. Offenbar ist das auf den außerordentlich dramatischen Verlauf der Kammer Sitzung zurückzuführen.

Rückkehr der deutschen Delegation.

Die Deutschnationalen gegen die Regierung.

Die deutsche Delegation ist am Donnerstag mittag wieder in Berlin eingetroffen. Der Bahnhof war streng abgesperrt. Reichswehrminister Dr. Geßler sowie einige Mitglieder des auswärtigen Amtes und des diplomatischen Korps waren zum Empfang auf dem Bahnhof erschienen. Donnerstagabend trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, ebenso wurde eine Pressebesprechung abgehalten, in der Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die Vorgänge in Genf Auskunft gaben.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat mit dem Landesverbandsvorstand sowie der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge in Genf eine Beratung abgehalten. In ihr kam die einstimmige Auffassung zum Ausdruck, daß die Behandlung des deutschen Antrages auf Eintritt in den Völkerbund durch die Haltung der deutschen Delegierten in Genf zu einem völligen Mißerfolg der Außenpolitik des Kabinetts Luther-Stresemann geführt hat. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird, wie von ihrer Pressestelle mitgeteilt wird, sofort die erforderlichen parlamentarischen Maßnahmen ergreifen.

Es ist anzunehmen, daß die Vorgänge in Genf schon in der nächsten Woche im Reichstag zu einer großen außenpolitischen Debatte führen werden. Sowohl der Reichskanzler wie Dr. Stresemann werden vor dem Plenum des Reichstages in dieser Angelegenheit das Wort nehmen.

Das Reichskabinett billigt die Haltung der deutschen Delegation in Genf.

Berlin, 18. März. Das amtliche Communiqué über die heutige Kabinettsberatung hat folgenden Wortlaut: „In einem heute nachmittags unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten, nachdem die beiden Delegierten ihre fortlaufenden schriftlichen Berichte durch mündliche Darlegungen ergänzten. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung der deutschen Delegation und nahm insbesondere davon Kenntnis, daß durch die in Genf getroffenen Abmachungen die beiderseitige Fortführung der Locarno-Vereinbarung gewährleistet ist.“

Die Regierung fordert ein Vertrauensvotum.

Berlin, 18. März. Wie die Telegraphen-Union erzählt, wird die Reichsregierung bei der parlamentarischen Erledigung der Genfer Fragen ein positives Vertrauensvotum fordern.

Das Ergebnis der Eintragungen zum Volksbegehren etwa 5 bis 6 Millionen betragen. Die niedrigste Schätzung beträgt bis Donnerstag mittag zirka 5,3 Millionen, die höchste, die vom sozialdemokratischen „Vorwärts“ ausgeht, 6,5 Millionen. Bei den Städten waren die Eintragungen meistens festgelegt, aus den ländlichen Gegenden fehlten sie noch vielfach.

In folgenden 20 deutschen Städten zeichneten sich für das Volksbegehren ein: Berlin 1.584.682 Personen, Groß-Hamburg 500.000, Leipzig 239.747, Chemnitz 117.581, Dresden 200.000, Hannover 149.144, Köln 160.000, Frankfurt a. M. 141.000, Düsseldorf 101.407, Breslau 155.656, Stuttgart 96.976, Nürnberg 97.364, München 99.600, Mannheim 81.000, Sietlin 76.142, Dortmund 96.200, Braunschweig 40.679, Halle 49.406, Kassel 43.626, Königsberg 50.416, insgesamt 4.080.006 Personen. In Berlin haben sich beispielsweise 63,4 % der Wahlberechtigten eingetragen, in Dresden 48 %, in Frankfurt a. M. 41 %, in Breslau 40 %, in Köln 34 %, in München 23 %.

Fürstenabfindung im Reichstagsausschuß.

Meinungen der Länder.

In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses des Reichstages konnte noch nicht die Generaldebatte über den neuen Kompromißentwurf zur Ausbelebung der Fürstenthümer eröffnet werden, weil man sich mit den inzwischen eingegangenen Äußerungen verschiedener Landesregierungen zu beschäftigen hatte. Der Vorsitzende, Abg. Dr.